

Beispiel: Frankfurter Rundschau vom 16.06.2011

erRu

Umweltzone

Klage wegen Untätigkeit

Anwohnerin fordert von der Stadt Wiesbaden die Umweltzone, die das Ministerium abgelehnt hat. Umweltdezernentin Rita Thies (Grüne) erwartet weitere Klagen von Anwohnern viel befahrener Straßen.

16.06.2011 14:39

Umweltzone. Fotograf: Michael Schick

Da haben das Umwelt- und Verkehrsministerium der Stadt was eingebrockt: Mit der Ablehnung einer Umweltzone könnte nun auf die Verwaltung eine Klagewelle zurollen. Eine erste Bürgerin beabsichtigt bereits, gerichtlich gegen die dauerhafte Überschreitung der Feinstaub- und Stickstoffdioxid-Grenzwerte in der Schiersteiner Straße vorzugehen. Umweltdezernentin Rita Thies (Grüne) erwartet weitere Klagen von Anwohnern viel befahrener Straßen. Denn die EU-Grenzwerte für Luftschadstoffe werden auch am Kaiser-Friedrich-Ring und in der Aarstraße sowie in etlichen anderen Bereichen auch der Vororte überschritten.

Bei der ersten Klägerin handelt es sich um Grünen-Vorstandssprecherin Astrid Espenschied, die die Klage gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe anstrengen will. Vertreten wird Espenschied von der Berliner Anwaltskanzlei Geulen und Klinger, die bereits derartige Klagen von Einzelpersonen in Hannover gewonnen und 2008 vor dem Europäischen Gerichtshof das Bürgerrecht auf saubere Luft erstritten hat.

Auslöser der zu erwartenden Klagewelle sind Umweltministerin Lucia Puttrich (CDU) und Verkehrsminister Dieter Posch (FDP). Mit ihrem Nein zu Umweltzone und Lkw-Fahrverbot zwingen sie die Stadt Wiesbaden zur Untätigkeit in Sachen Luftreinhaltung. Dabei wird in Wiesbaden der EU-Grenzwert von 40 Mikrogramm Schadstoffen pro Kubikmeter Luft vielerorts um die Hälfte überschritten; am ersten Ring sind die Messwerte sogar doppelt so hoch.

Die Minister begründen ihre Ablehnung damit, dass beide Maßnahmen die Schadstoffe nur minimal reduzierten und daher verzichtbar seien. Bessere Vorschläge zur Luftreinhaltung wie eine City-Maut oder ein komplettes Fahrverbot kamen aus den Ministerien indes nicht. Wenn eine Kommune aber nichts unternimmt, um die Grenzwerte für Luftschadstoffe wieder einzuhalten, können Anwohner viel befahrener Straßen gegen diese Untätigkeit klagen. Sie haben ein Anrecht darauf, dass alles unternommen wird, um eine mögliche Gesundheitsschädigung durch Luftschadstoffe verhindert wird.

Umweltdezernentin Rita Thies (Grüne) ist entsprechend entsetzt. Die Umweltzone und das nächtliche Lkw-Durchfahrverbot verbesserten die Luft sehr wohl, schimpft sie und verweist auf ein entsprechendes Gutachten. „Auch wenn jede Maßnahme die Schadstoffe nur um fünf bis zehn Prozent mindert, so ist das für Wiesbaden schon gut und wichtig“, sagt Thies. Wegen der Kessellage sei die Landeshauptstadt schwach durchlüftet. SPD, Grüne und inzwischen auch die CDU unterstützen die Umweltzone und das Lkw-Fahrverbot.

Thies hat beim Umweltministerium umgehend Widerspruch eingelegt. Neben der Klagewelle von Anwohnern drohen der Stadt auch mehrere Millionen Euro Strafgebühren seitens der EU.

Wie die Grünen vermutet auch die SPD, dass die Umweltzone aus parteipolitischen Motiven abgelehnt wurde. Schließlich stemme sich die Wiesbadener FDP vehement gegen diese „unnötige Gängelung der Bürger und Gewerbetreibenden“, und das Verkehrsministerium werde von einem FDP-Minister geleitet. Der SPD-Stadtverordnete Dennis Volk-Borowski verweist darauf, dass über 40 deutsche Städte – darunter Frankfurt – die Umweltzone eingeführt hätten, durchaus mit Erfolg.

FDP-Fraktionschef Michael Schlempp meint: „Der ökologische Nutzen ist gleich null.“ Die Luft würde sauberer, wenn der Verkehr besser fließe, der Busverkehr ausgebaut und katalytische Straßenbelege verwendet werden würden. Die Bürgerliste setzt auf den Ausbau von Radwegen.

Nach Auffassung von Linke und Piraten macht nur eine autofreie Innenstadt die Luft besser.